

Die diplomatischen Beziehungen 1949-1991

Vortrag im Rahmen des Studienabends: „Die belgisch-deutschen Beziehungen“ – Eupen, 13.05.2009.
Dr. Christoph Brüll

I. Einleitung

Lassen Sie mich mit drei belgisch-deutschen Impressionen auf diplomatischer Ebene beginnen:

Im Dezember 1947 schickte der gerade ernannte neue britische Botschafter in Brüssel seinen ersten Lagebericht nach London. Einen großen Raum nahm darin die Deutschlandpolitik ein. George Rendel teilte die Belgier in zwei Gruppen: Die erste Gruppe sei tief von der Furcht vor einer erneuten deutschen Aggression geprägt und glaube daher, „der beste Deutsche ist ein toter Deutscher“. Die zweite Gruppe, die zahlreicher sei und mehr Gewicht habe, sei pragmatischer: „Man kann kein Geld mit toten Deutschen verdienen.“

Gemeinsam mit Dänemark war Belgien im Frühjahr 1951 das erste Land, welches mit der jungen Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen aufnahm. Botschafter Dr. Anton Pfeiffer berichtete stolz nach Bonn: „Es wurde das gleiche Zeremoniell befolgt, wie bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens wie für andere Botschafter“. Kurz zuvor war mit der vorzeitigen Freilassung Alexander von Falkenhausen, des Militärbefehlshabers für Belgien und Nordfrankreich, das belgische Kriegsverbrecherprogramm beendet worden. Dazu nur eine Zahl: von Todesurteilen wurden genau 241 vollstreckt – exakt die Anzahl von Geiseln, die die deutsche Militärverwaltung während der Besatzungszeit hatte erschießen lassen. Von Falkenhausen kam übrigens nach Belgien zurück – um dort 1960 die Vervierser Widerstandskämpferin Cécile Vent zu ehelichen.

Am 24. September 1956 unterzeichneten der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak und sein deutscher Amtskollege Heinrich von Brentano in Brüssel den deutsch-belgischen Ausgleichsvertrag. Mit diesem Dokument regelten die beiden Nachbarländer ihre vordringlichsten Nachkriegsprobleme. Spöttisch hatte der Verfasser eines Vorberichts im *Germinal* das Gefühl vieler Belgier auf den Punkt gebracht, als er einerseits seine Erleichterung darüber ausdrückte, dass sich Adenauer wohl kaum so verhalten werde wie ehemals Kaiser Wilhelm II. bei einem Besuch im Jahr 1912, sich auf der anderen Seite jedoch von Seiten des Bundeskanzlers das nötige Taktgefühl erhoffte, den Staatssekretär im

Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, in Bonn zurückzulassen.¹ Letzterer hatte während der Besatzungszeit als Oberkriegsverwaltungsrat in Brüssel amtiert. Die in der Sonntagsausgabe der sozialistischen Tageszeitung *Le Peuple* formulierte Bitte war erhört worden. Die Zwiespältigkeit jedoch, auch in anderen Presseorganen greifbar, war eine ständige Begleiterin der deutsch-belgischen Annäherung, zumal bei den seltenen Gelegenheiten, bei denen diese öffentlich zur Schau gestellt wurde.

Es geht heute Abend nicht darum, die Geschichte der Bewältigung der Kriegsfolgen für das zwischenstaatliche deutsch-belgische Verhältnis darzulegen, vielmehr sollte schlaglichtartig deutlich werden, wie sehr schon die unmittelbare Zeit nach 1945 auf das deutsch-belgische Verhältnis eingewirkt hat und belgische Deutschlandpolitik bis in die 1990er Jahre orientiert hat. Zwei Begriffe, die für den Historiker der internationalen Beziehungen schwer zu fassen sind, spielen hier die entscheidende Rolle: Sicherheit und Vertrauen.

Sicherheit und Vertrauen waren es auch, die die belgische Regierung zur Zeit der Wende 1989/90 zu den entschiedensten Verfechtern der deutschen Einheit in einem europäischen Rahmen werden ließen, als beispielsweise Niederländer und Franzosen noch zögerten. Für viele Beteiligte wohl eine prägnante, zäsurbildende Nachkriegsimpression.

Sicherheit und Vertrauen verweisen ebenfalls auf den Kontext deutsch-belgischer Beziehungen zwischen 1949 und 1991: der Ost-West-Konflikt und seine nukleare Bedrohung.

II. Kriegsfolgen

Mit dem Ausgleichsvertrag von 1956 regelten die beiden Staaten wie erwähnt ihre wichtigsten Nachkriegsprobleme – darunter den Grenzverlauf zwischen dem Königreich Belgien und der Bundesrepublik Deutschland, der seit der durch den Versailler Vertrag bedingten Abtretung des Gebiets von Eupen-Malmedy im Jahr 1920 umstritten war.

Im Vergleich zu den deutsch-niederländischen und den deutsch-französischen Beziehungen nimmt sich die kurze Zeitspanne von nur elf Jahren, die zwischen dem Kriegsende und der Unterzeichnung des deutsch-belgischen Ausgleichsvertrags liegt, immer noch beeindruckend aus. Ohne eine Schlussfolgerung vorweg nehmen zu wollen: Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien gehören damit sicherlich zu den engsten in Westeuropa.

¹ *Germinal*, 23.09.1956.

Die beiden Weltkriege, die für Belgien innerhalb eines Vierteljahrhunderts zwei Besatzungen durch deutsche Truppen bedeutet hatten, waren als Kontext der deutsch-belgischen Beziehungen der 1950er Jahre selbstverständlich allgegenwärtig. Daran änderte die nunmehr gleichsam vertraglich fixierte Annäherung ebenso wenig etwas, wie die europäische Rhetorik, die ihr innewohnte und die Kanzler Adenauer bei einer Grundsatzrede am Tag nach der Vertragsunterzeichnung bekräftigen sollte – wohl wissend und kalkulierend, dass die europäische Integration zwingend für die politische Souveränität der Bundesrepublik war. Der Erste Weltkrieg mit dem blutigen Monat August 1914 hatte tiefe Spuren hinterlassen. Der Streit um die Franktireur-Psychose und die Zuschreibung Belgiens als „Märtyrernation“ belasteten das Verhältnis in der Zeit nach 1918 in schwerwiegender Weise. Nur vor diesem Hintergrund sind auch die belgischen Reaktionen auf die zweite Besatzungszeit zwischen 1940 und 1944 zu verstehen.

Eine bekannte Tatsache ist die Beteiligung von kleineren mit den Alliierten verbündeten Armeen bei der Besetzung Deutschlands im Jahr 1945. Einige dieser Armeen partizipierten außerdem weit über das Kriegsende hinaus an der nachfolgenden Besatzung. Hierbei stellten die belgischen Truppen das größte Kontingent. Sechzig Jahre lang blieben sie zwischen 1945 und 2005 im Rheinland und in Westfalen stationiert. Die Ursprünge reichen in die Kriegsjahre und führen geradewegs zu den Nachkriegsplänen der belgischen Exilregierung. Letztere beinhalteten schon früh die Fragestellungen nach der Rolle eines besiegten Deutschland in der zu schaffenden Nachkriegsordnung, aber auch die Formulierung von Reparationsforderungen an die Besiegten.

Die belgische Truppenführung hatte größte Mühe, die Rachegefühle der rekrutierten jungen Männer zu bändigen. Raub und Plünderung waren in verschiedenen Einheiten an der Tagesordnung, oft unter Verweis auf das Verhalten der deutschen Besatzer während des Krieges in Belgien. Auf Kollaborateure, die sich noch in Deutschland aufhielten, wurde regelrecht Jagd gemacht. Das britische Oberkommando musste bei Disziplinlosigkeit oftmals die Beteiligung von Offizieren registrieren. Freiwillige führten sich vielfach als Besatzer auf, bei denen Demütigungen der deutschen Zivilbevölkerung keine Ausnahme bildeten. Erst der Einsatz von Wehrpflichtigen in der Besatzungsarmee seit 1947 leitete hier einen Wandel ein.

Die Besatzungsarmee galt trotz aller Komplikationen als Instrument zur Sicherung der

belgischen Interessen im besiegten Deutschland. Bis 1949 musste man jedoch die Erfahrung machen, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine schier unüberbrückbare Kluft bestand. Wunsch und Realität bildeten auch im Bereich der konkreten Forderungen gegenüber Deutschland ein Spannungsfeld. Bemerkenswert ist hier der Vergleich mit den Ereignissen von 1918. Dies gilt vor allem für die Akteure der belgischnationalen Seite, die mit Maximalforderungen in territorialer und wirtschaftlicher Hinsicht hervortraten, die sehr stark an den „Großbelgischen Traum“ erinnerten, den der Schriftsteller und Senator Pierre Nothomb schon während des Ersten Weltkriegs geträumt hatte. Ein Belgien bis zum Rhein oder zumindest die Nutzung der dortigen deutschen Industrieinfrastruktur gehörten zum Programm der Annexionsbefürworter, die sich im „Belgischen Rheinkomitee“ zusammengeschlossen hatten. Trotz einiger prominenter Mitglieder aus fast allen Parteien und aus Kreisen der Industrie besaßen diese Forderungen in der belgischen Bevölkerung kaum Rückhalt. In Flandern hätte jede Konfrontation mit Deutschland eine heikle Konfrontation mit der eigenen schmerzvollen jüngsten Vergangenheit bedeutet. Die Französischsprachigen richteten ihren Blick zumeist nach Frankreich oder nach Großbritannien. Dominiert wurden die politischen Debatten der Zeit von der Königsfrage, die die gesellschaftlichen Trennlinien offen legte wie bis dato keine politische Auseinandersetzung seit Bestehen des belgischen Staates.

Der Entscheidung der belgischen Regierung, schließlich doch auf die Angliederung der beiden größten Gemeinden der ihr von den drei Westalliierten zugesprochenen Gebiete, Roetgen und Mützenich, zu verzichten, kommt große Bedeutung zu. Der eigentliche Grund – die fehlende Rentabilität des Personenverkehrs auf der Vennbahntrasse – ging dank der Strategie des Außenministeriums in den nachfolgenden Ereignissen unter. Die „europäische Geste der Verständigung“, die von der deutschen Presse und der politischen Klasse gefeiert wurde, wurde allein Paul-Henri Spaak zugeschrieben. Dies erklärt die Sympathie vieler Deutscher für den Politiker und verlieh dessen europäischem Engagement in den folgenden Jahren besondere Glaubwürdigkeit. Ebenso wichtig war, dass die (vermeintliche) Entscheidung eines Mannes als die eines ganzen Landes wahrgenommen wurde; dies zeigt der mildere Ton, der in den bilateralen Knackpunkten gegenüber Belgien im Vergleich zu den Niederlanden angeschlagen wurde.

Resultat dieses Grenzkompromisses war Bollenien, die militärische Auftragsverwaltung über Orte wie Bildchen oder Losheim zwischen 1949 und 1958.

Die politischen Annäherungsprozesse waren zu Beginn der 50er Jahre jedoch ebenfalls von etlichen Phasen der Stagnation geprägt. Dem erklärten Willen der Regierungen zu einer Einigung in der Grenzfrage standen die innenpolitischen Verhältnisse in Brüssel und der deutsche Wille der Gleichbehandlung in den zwischenstaatlichen Beziehungen als Reibungspunkte entgegen. Von Diplomaten und Experten mühsam ausgehandelte technische Lösungen für den komplizierten Grenzverlauf scheiterten mehrfach. „Gebietsaustausch“ und „Volksbefragung“ wurden zu Stolperfallen parlamentarischer Ratifizierungsprozesse stilisiert. Es waren wohl die externen Faktoren – Kalter Krieg und europäische Integration –, die dafür sorgten, dass die Verhandlungen trotzdem immer wieder neu aufgenommen wurden.

Das Ringen um die Ratifizierung der EVG und schließlich ihr Scheitern bewirkten zweifellos eine Verstärkung der deutsch-belgischen Regierungskontakte. Die Mittlerrolle, die Belgien im deutsch-französischen Verhältnis einnehmen wollte oder sollte, manifestierte sich deutlich. Die Pariser Verträge bedeuteten auch für die belgische Seite ein Stück mehr Sicherheitsempfinden. Man kann durchaus argumentieren, dass auch Adenauers Anliegen, den Deutschen dieses Gefühl zurückzugeben, ein starkes Motiv dafür war, nunmehr auch die bilateralen Probleme – zuvorderst die Grenzfrage – zu regeln. Die Wiedererlangung der Souveränität durch die Aufhebung des Besatzungsstatuts am 5. Mai 1955 markierte hier einen durchaus auch von belgischer Seite als solchen wahrgenommenen Meilenstein. Einen weiteren Hintergrund bildete wohl die verstärkte Wahrnehmung der Schwäche Europas im Ost-West-Konflikt, die viele Beteiligte die Notwendigkeit der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit erkennen ließ. Zwischen November 1955 und August 1956 wurde schließlich der Ausgleichsvertrag verhandelt, der in seinem Hauptkapitel den Grenzverlauf schließlich fast unverändert ließ. Er unterschied sich aber eben von den bis dato erfolgten Grenzfestlegungen durch die Art und Weise, wie er zustande gekommen war: durch freie Verhandlungen zwischen den beiden Nachbarstaaten.

Schaut man sich die Breite der im Ausgleichsvertrag behandelten Themen an, fallen zwei große Lücken auf. Zum einen war die Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft nur minimal von den Vertragsregelungen berührt, wenn sie auch zumindest Gegenstand der Verhandlungen gewesen war. Hier dauerte es bis 1960, ehe nach langsamen, aber unkomplizierten Verhandlungen eine Einigung gefunden werden konnte.

Lange Zeit ungelöst blieb hingegen das Problem der ostbelgischen Eingezogenen in der deutschen Wehrmacht, den so genannten Zwangssoldaten. Um die den meisten hier Anwesenden bekannte Problematik hier nur grob zu skizzieren: Nachdem Frankreich diese Thematik schon 1954 mit der Bundesrepublik regeln konnte, zog Luxemburg 1967 nach. Belgien schuf erst 1974 ein entsprechendes Statut. Letzteres führte dann schließlich seit dem 1. Juni 1989 zu einer finanziellen Entschädigung von deutscher Seite.

III. Kalter Krieg und Europäische Integration

Es ist kein Zufall, dass nur wenige Monate nach der Unterzeichnung des Ausgleichsvertrags im März 1957 ein ungleich bedeutenderes Vertragswerk unterzeichnet wurde: die Römischen Verträge – wohl der Markstein der Europäischen Einigung vor 1990. Wenige Wochen später erhielt – und am heutigen Abend darf ganz gewiss daran erinnert werden - der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak den Karlspreis. Kurze Zeit später schied er aus seinem Amt, um eine neue Aufgabe zu übernehmen: die des NATO-Generalsekretärs. Auch dies kein Zufall.

Die deutsch-belgischen Beziehungen seit 1945 sind ohne ihren internationalen, multilateralen Kontext nicht denkbar. Europäische Integration und Ost-West-Konflikt waren das unverzichtbare Dekor der Annäherung der Nachkriegszeit, waren Antrieb europäischer und transatlantischer Initiativen der 1960er und 1970er Jahre.

Am Anfang stand dabei zweifellos der Antikommunismus. Nachdem die belgische Regierung zwischen 1945 und 1947 noch versucht hatte, einen bilateralen Vertrag mit der Sowjetunion zu schließen, verursachten der Marshall-Plan und die Ereignisse in den Satellitenstaaten – v.a. in der Tschechoslowakei – einen der spektakulärsten Kurswechsel belgischer Außenpolitik seit 1830 mit der nunmehrigen Fokussierung belgischer Sicherheitspolitik auf die USA. Die PCB, welche noch bis März 1947 an der Regierung beteiligt worden war, wurde in den folgenden Jahren vollkommen marginalisiert. Für die Beziehungen zur jungen Bundesrepublik wurde der Antikommunismus zum Zement. Dies zeigte sich besonders in den Diskussionen um die deutsche Wiederbewaffnung im Zuge des Korea-Kriegs. Trotz grimmiger Bauchschmerzen erkannten schließlich auch die größten Skeptiker, dass sie ihr Misstrauen würden überwinden müssen.

Wie sehr die deutsch-belgischen Interessen ähnlich gelagert waren, beweist die Tatsache, dass

beide Länder in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre quasi zeitgleich den Weg einer Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion vorzeichneten. Pierre Harmel, der belgische Außenminister jener Zeit verewigte sich mit dem nach ihm benannten Bericht für die NATO, der erstmals an die Seite der Abschreckung auch diplomatische Verhandlungsoptionen setzte: Hier liegt auch ein wichtiger Ursprung der Ostpolitik Willy Brandts, die bekanntlich das Verhältnis zwischen West- und Osteuropa auf eine neue Basis stellte.

Auch auf der europapolitischen Ebene waren über die Jahrzehnte betrachtet die Übereinstimmungen weitaus größer als die Konfliktpunkte. Belgiens Einfluss war immer dann besonders groß, wenn es eine Vermittlerrolle zwischen den beiden Großen, Deutschland und Frankreich, einnehmen konnte.

Hier zeigte sich auch der sicherheitspolitische Ansatz: das belgische Engagement für einen Eintritt Großbritanniens in die Union war größtenteils der Befürchtung geschuldet, der ökonomische Riese Deutschland könne auch politisch wieder an europäische Hegemonialträume anknüpfen und die transatlantische Bündnispolitik gefährden.

IV. DDR und Deutsche Einheit

Ein Kernstück der belgischen Europapolitik war die Überzeugung eines unauflösbaren Nexus zwischen europäischer Integration und Deutscher Frage. So lange sich Deutschlandpolitik mit Europapolitik verbinden ließ, stand einer Wiedervereinigung nichts im Wege.

Diese Konstante findet sich bei den drei prägenden belgischen Außenministern Paul-Henri Spaak, Paul van Zeeland und Pierre Harmel.

Deutschlandpolitik war immer auch (und oft zuerst) Sicherheitspolitik. Deutlich zeigte sich bei einem Plan Paul van Zeeland aus dem Jahr 1953, der ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer entmilitarisierten Zone an der Oder-Neiße-Grenze vorsah und bei den 2+4 Verhandlungen von 1990 für kurze Zeit aus der Versenkung auftauchte, in die ihn die sowjetische Reaktion auf die Revolten in den Satellitenstaaten hatte verschwinden lassen.

Bis auf einen kurzlebigen Versuch, zu Beginn der 1950er Jahre ein Handelsabkommen mit der DDR zu schließen, blieb das „andere Deutschland“ bei den belgischen Überlegungen dieser Zeit außen vor. Spaak verfocht resolut die Westintegration der Bundesrepublik und erachtete die Möglichkeit einer Wiedervereinigung als kurzfristig wenig realistisch. Gegen

Ende seines letzten Mandats als Außenminister setzte er sich jedoch für einen Kurs der Entspannung gegenüber der UdSSR ein, den sein Nachfolger Harmel dann umso entschiedener fortsetzte. In der Nachfolge des Grundlagenvertrages zwischen BRD und DDR erkannte Belgien 1972 die DDR an und nahm diplomatische Beziehungen auf. 1979 schloss man zudem ein Kulturabkommen.

Leo Tindemanns und später Mark Eyskens standen in der Kontinuität dieser Politik und erwarben sich insbesondere Verdienste in der Vertiefung der christdemokratischen Zusammenarbeit in Europa.

Betrachtet man schließlich die Zeit der Wende in den Memoiren der Akteure, so lässt sich bei den Ereignissen von 1989/90 auf belgischer Seite kein Zögern ausmachen. Wilfried Martens betonte, die von Kohl geleistete deutsche Zusicherung, ein geeintes Deutschland sei nur in einer Vertiefung der europäischen Einigung denkbar, habe ihm gereicht, um der deutschen Position sein vorbehaltlose Unterstützung zu signalisieren. Dies galt insbesondere für den berühmt-berüchtigten 10-Punkte-Plan Kohls, mit der er Freund und Feind gleichermaßen überraschte.

Die deutsch-belgischen Beziehungen betreffende Passagen befinden sich in der bisher zugänglichen Dokumentation zur Wiedervereinigung nur in allgemeiner Form. In den von der Bundesrepublik akzeptierten Grundprinzipien für eine abschließende Regelung sowie im Zwei+Vier-Vertrag vom 12. September 1990 heißt es: „die BRD hat keine Gebietsansprüche gegenüber irgendeinem Staat und wird keine solchen Ansprüche in der Zukunft erheben“. Dies gilt also auch für ihre Westgrenze, womit die Polemik um den Grenzverlauf auf der Vennbahntrasse wohl nur als Sturm im Wasserglas abgetan werden kann.

V. Personenkonstellationen als Antrieb

Wenn man trotz des Akzentes auf der sicherheitspolitischen Komponente der deutsch-belgischen Beziehungen auch von Vertrauen sprechen kann, das seit den ersten Nachkriegsjahren gewachsen ist, dann liegt dies besonders an Personenkonstellationen. Auf höchster Ebene wären dort die Kombinationen Spaak-Adenauer und Brandt-Harmel zu nennen.

Aber auch auf der Ebene der Diplomaten lassen sich besondere Beziehungen ausmachen, die zu verschiedenen Zeitpunkten ihre Wirkung entfalteten. Flagrant ist beispielsweise die Tatsache, dass es zumeist belgische Diplomaten waren, die ihre deutschen Kollegen über das Geschehen im NATO-Rat informierten, bevor die BRD dort 1955 Mitglied wurde.

Die persönlichen Vertrauensverhältnisse erhielten ihre Bedeutung durch die traditionell in der Außenpolitik stark ausgeprägte Rolle der Exekutive.

Möglich wurden sie, wie mir scheinen will, durch biographische und mentale Prägungen. Spaak und van Zeeland hatten als junge Männer den ersten Weltkrieg erlebt, waren anschließend die Architekten der Unabhängigkeitspolitik der 30er geworden, die mit dem Zweiten Weltkrieg grandios gescheitert war. Nunmehr erstrebten sie die Interdependenzpolitik zwischen den regionalen und dem transatlantischen Bündnis. Wie der Großteil ihrer Diplomaten hatte sie jedoch den Zweiten Weltkrieg nicht in Belgien, sondern im Exil erlebt, wodurch sie die Erfahrung der Besatzungszeit eben nicht mit der belgischen Bevölkerung teilen konnten.

Spaak und Adenauer waren Pragmatiker und – bei Spaaks Weg fast verwunderlich – stramme Antikommunisten. Augenscheinlich verband den alten Christdemokraten mehr mit dem Sozialisten (auch wenn er dessen Ernennung zum NATO-Generalsekretär nur widerwillig zustimmte) als mit seinem christlichsozialen Widerpart Paul van Zeeland. Jedenfalls ging von Adenauer bis ins Auswärtige Amt ein Seufzer der Erleichterung durch die westdeutschen Reihen als Spaak 1954 wieder Außenminister wurde.

An Pierre Harmel und Willy Brandt lassen sich besonders gut die mentalen Prägungen zeigen. Harmel war überhaupt erst durch seine Erfahrung als belgischer Soldat beim Einmarsch der Alliierten in Deutschland zur Politik gelangen – das Verhältnis zu Deutschland wurde entscheidend geprägt durch den Tod seines Bruders, eines Priesters, der 1945 im KZ umgekommen war. Ich verweise nochmals auf sein Engagement für Großbritannien als Gegengewicht zur deutschen Wirtschaftsmacht in der europäischen Einigung. Als er vor einigen Jahren gefragt wurde, welche die größte politische Erfahrung seines Lebens gewesen sei, antwortete er überraschend, aber ohne zu zögern: die deutsch-französische Versöhnung. Diese hat auch das deutsch-belgische Verhältnis nicht unberührt gelassen.

Alle Protagonisten gemein war schließlich ein Narrativ des Zweiten Weltkriegs, das diesen letztlich als eine ehrenvolle Auseinandersetzung betrachtete – im Westen, über den Holocaust und den Vernichtungskrieg im Osten erlaubten der Kalte Krieg zu schweigen. Symbolisch für diese Geschichtsbetrachtung steht die eingangs erwähnte Hochzeit zwischen dem deutschen Oberbefehlshaber und der belgischen Widerstandskämpferin Vent.

Es wäre vermessen zu glauben, Martens und Kollegen hätten die Dynamik der Wende beeinflussen oder gar bremsen können. Es spricht jedoch für ihr gewachsenes Vertrauen in den europäischen Kurs Helmut Kohls, dass sie kein schweres Geschütz in Debatten aufführen mussten wie Margaret Thatcher oder auch der niederländische Premierminister Lubbers. Selbst die Zweifel eines François Mitterrand haben sie zumindest nie offiziell geäußert.

VI. Schluss: die große Abwesende: die Zivilgesellschaft

Keine belgische Regierung ist je über die deutsche Frage gestürzt. Und dies obwohl der deutsch-belgische Annäherungsprozess und die daraus resultierenden intensiven politischen Beziehungen eben ein fast exklusiv politischer Prozess gewesen sind.

Selbstverständlich gilt es die enge Verflechtung der Wirtschaft zu betonen. Der belgische Handel mit Deutschland erreichte nach 1945 sehr schnell nie gekannte Intensität. Die Zahlen machen es deutlich: Zum Zeitpunkt der Wende machte Deutschland 19,8 % der belgischen Exporte und 24,3 % seiner Importe aus.

Die große Abwesende des politischen Prozesses war über Jahrzehnte hinweg die Zivilgesellschaft. Es ist freilich sehr schwierig, über die Empfindungen einer Gesellschaft Auskunft zu geben. Das am meisten verbreitete Mittel sind hier die Zahlen der Demoskopien. Um politische Prozesse zu schildern stützt man sich zumeist auf die Öffentlichkeit, den öffentlichen Raum, in dem relevante Kommunikation und Meinungsäußerung stattfindet. Das bedeutet in den meisten Fällen auf die Medien.

Nur zwei Beispiele für Meinungsäußerungen: eins zum Beginn, eins zum Ende des hier betrachteten Zeitraums.

Im Herbst 1990 ermittelte das Eurobarometer für Belgien 69% Befürworter der deutschen Einheit, 16 % waren dagegen und 15 % hatten keine Meinung, damit lag Belgien auf gleicher Höhe wie die meisten deutschen Nachbarländer. Es scheint eindeutig: Deutschland wurde nicht mehr als Bedrohung empfunden.

Tut man einen Zeitsprung von vierzig Jahren in die Wochen nach dem Beginn des Koreakrieges lesen sich Zahlen deutlich anders. Gefragt wurde nach der deutschen Wiederbewaffnung: Nur 13,6 % befürworteten eine deutsche Armee, 67,9 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die Integration in eine europäische Armee befürworteten immerhin 54,3 %, 24,2 % sagten nein.

Der zurückgelegte Weg war weit, aber weitgehend erfolgreich.

In den demoskopischen Untersuchungen jener Zeit offenbarte sich jedoch nur noch selten offene Feindseligkeit oder Rachsucht. Die Angst vor der sowjetischen Bedrohung dominierte. Solange die deutsche Rhetorik in den Bahnen der Westintegration verlief, blieben die Alarmglocken still. Vielmehr wurden Indifferenz und fast schon ostentatives Desinteresse zu den Kennzeichen der deutsch-belgischen Gesellschaftsbeziehungen. Auf belgischer Seite lässt sich dies u.a. auch an der stets fallenden Zahl jener Schüler, die deutsch lernen, zeigen.

Der Befund ist eindeutig: Zivilgesellschaftliche Beiträge waren im deutsch-belgischen Annäherungsprozess kaum zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildeten Wirtschaftsvereinigungen wie die deutsch-belgisch-luxemburgische Handelskammer mit ihrer Außenstelle in Köln. Immerhin rafften sich die Historiker im Jahr 1954 in Braunschweig zu einer gemeinsamen Tagung auf, in der erstmals sine ira et studio die schmerzliche Erfahrung des Ersten Weltkriegs thematisiert wurde.² Während jedoch die Zeit bis 1945 mittlerweile als relativ gut erforscht gelten darf, hat sich bisher nur eine verschwindend geringe Zahl von Historikern für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg interessiert. Bis auf einige kurze Überblicke liegen für die Zeit nach 1960 noch überhaupt keine empirisch belastbaren Studien vor.

Auch der literarische Umgang mit den deutsch-belgischen Beziehungen gehörte nicht zu den großen Themen belgischer Schriftsteller.

Ähnlich wie im deutsch-französischen Fall dauerte es ebenfalls einige Zeit, bis Städtepartnerschaften in Gang kamen. Für die 1950er Jahre lassen sich nur sehr wenige Fälle

² Aus der Sicht eines belgischen Teilnehmers: Emile Lousse, Erste deutsch-belgische Historikertagung in Braunschweig, in: *Mitteilungen des Instituts für Auslandsbeziehungen*, September-Dezember 1956, S. 303-304. Die deutsche Delegation leitete Georg Eckert.

ermitteln. Ab den 1960er Jahren waren es dann vor allem die deutschen Kommunen mit belgischen Besatzungsstandorten, die derartige Verschwisterungen eingingen.³

Intuitiv wäre man versucht, von einer Erfolgsgeschichte zu sprechen. Vertrauensbildung – wobei auch dafür Kriterien definiert werden müssten⁴ – und Lösung der bilateralen Probleme plädieren sicherlich für diese Einschätzung. Jedoch wäre zu fragen, ob sich Erfolg nicht vielleicht über die gewandelten Bilder in den Köpfen der Bevölkerungen konstituiert. Dies würde für eine skeptischere Sichtweise sprechen. Einiges deutet schließlich darauf hin, die deutsch-belgischen Beziehungen in der Dekade nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als einen Lernprozess zu betrachten. Der Wille, es besser zu machen als in der jüngsten Vergangenheit, und die Einsicht, es aufgrund der Wahrnehmung des Ost-West-Konfliktes besser machen zu müssen, waren auf beiden Seiten vorhanden. Es war der profunde Wandel, dem Europa seit 1945 ausgesetzt war, der die Annäherung erst ermöglichte.

³ Derzeit verfügen 112 von 589 belgischen Gemeinden über eine deutsche Partnergemeinde. Davon sind nur einige wenige in den 1950er Jahren entstanden – die meisten im Rahmen von multinationalen Initiativen. S. www.diplomatie.be/berlinfr/default.asp?id=35&mnu=35. Zu den deutsch-französischen Partnerschaften, vgl. Corine Defrance, Les premiers jumelages franco-allemands, 1950-1963, in: *Lendemains*, 84(1996), S. 83-95. Defrance konstatiert große Zurückhaltung bei den französischen Gemeinden in dieser Hinsicht. Zwischen 1950 und 1957 habe es nur 25 Verschwisterungen gegeben. Erst im Vorfeld der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags habe sich dies deutlich verändert.

⁴ Vgl. Ute Frevert (Hg.), *Vertrauen. Historische Annäherungen*, Göttingen, 2003.